**Zeitschrift:** Mittex: die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im

deutschsprachigen Europa

**Herausgeber:** Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

**Band:** 78 (1971)

Heft: 3

**Artikel:** Schatten über dem Welthandel

Autor: C.P.

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-678292

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mittex 113

## Schatten über dem Welthandel

Während in Brüssel unlängst mit der Bejahung der Wirtschafts- und Währungsunion durch den Ministerrat der Sechs ein weiteres Stück integrationspolitischen Eisens geschmiedet wurde, schärft sich jenseits des Atlantiks die Empfindsamkeit für wirtschaftliche Folgeerscheinungen der europäischen Blockbildung auf die Vereinigten Staaten. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Eines der am meisten gebrauchten Argumente richtet sich gegen die gemeinsame Agrarpolitik der EWG, die zu einer Benachteiligung amerikanischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht nur im EWG-Raum, sondern auch auf Drittmärkten führt. Weiter wecken die Erweiterungspolitik und die Präferenzabkommen vorab mit den Mittelmeerstaaten Missbehagen. Zu der Schädigung der Exportinteressen gesellt sich ein wachsender Druck ausländischer Erzeugnisse am amerikanischen Markt selbst. In vielen Bereichen dehnt sich der Marktanteil der Importe rasch aus. Einheimische Betriebe sind vielfach der Importkonkurrenz nicht mehr gewachsen, etwa im Bereich der Textilindustrie und der Schuhindustrie, aber auch in anderen Produktionssparten. Der Importdruck greift damit über auf den Arbeitsmarkt, der ohnehin schon durch die Wirtschaftsstagnation in Mitleidenschaft gezogen wird.

Der handelspolitische Protektionismus, dem sich die Vereinigten Staaten im letzten Jahr genähert haben, ist denn auch zu einem wesentlichen Teil Ausdruck der Sorge um den Arbeitsplatz. Im letzten Jahr blieb die angestrebte protektionistische Gesetzgebung auf der Strecke, und eine dem Welthandel wenig förderliche Konfrontation Amerikas, Europas und Japans konnte vermieden werden. Die Gefahr scheint allerdings in diesem Jahr noch nicht gebannt zu sein, auch wenn sich das Klima gegenwärtig etwas entschärft hat. Der transatlantische Dialog ist dabei etwas mehr in Gang gekommen. Er ist aber vorderhand eher an der Oberfläche der vielen Detailprobleme geblieben. Die gegenseitige Besuchsdiplomatie kann wohl nützlich sein. Sie bleibt aber steril, wenn es nicht gelingt, die an der Wurzel des Interessenkonfliktes liegenden Fakten zu beseitigen. Hier ist man, so scheint es, noch weit entfernt von einem wünschbaren Mass an gegenseitigem Verständnis.

Vor dem amerikanischen Kongress liegen hauptsächlich zwei Gesetze, die zu berücksichtigen sind; es sind dies die Mills Bill und ein neues, erst kürzlich eingebrachtes Gesetz, das von liberalen Kreisen des Senats vorgelegt wurde. Nicht klar ist, ob die Regierung ihrerseits mit einer Gesetzesvorlage aufwarten wird. Auch wenn möglicherweise nicht mit einer grösseren handelspolitischen Vorlage seitens der Regierung zu rechnen ist, so kann sie sich kaum einer handelspolitischen Aktivität vollumfänglich entziehen, wie es vielleicht wünschenswert wäre. Denn die Zollpräferenzen, die den Entwicklungsländern eingeräumt werden sollen, sind zu legalisieren. Schliesslich ist auch das Versprechen Präsident Nixons an die Textilindustrie, etwas gegen die Importkonkurrenz zu unternehmen, noch nicht eingelöst. Ein gesetzlicher Vorstoss in diesem Bereich würde wohl hinfällig, wenn es den Amerikanern gelänge, mit Japan zu einem Abkommen über eine freiwillige Exportbeschränkung zu gelangen.

Die protektionistischen Kräfte im amerikanischen Kongress verfügen in der Mills Bill und in den möglichen weiteren

Vorlagen wohl über ein fahrtüchtiges Vehikel für ihre Anliegen. Es fragt sich nun, ob ihr neuer Durchbruch verhindert werden kann. Hier gehen die Meinungen teilweise weit auseinander. Zu viele Fragen sind noch nicht geklärt. Vor allem scheint es, dass die Entwicklungen in Washington zu einem gewissen Teil auch von ausserhalb der Vereinigten Staaten beeinflusst werden könnten. Vorerst wird man allerdings abzuwarten haben, wieweit es den liberalen Kräften im amerikanischen Kongress gelingt, sich zu organisieren und ihren Einfluss geltend zu machen. Sie haben einen ersten Schritt unternommen, indem sie eine den ursprünglichen Anträgen der Regierung ähnliche Vorlage einbrachten. Auf die Textil- und Schuhquoten wird darin verzichtet und die Initiative für eine weitere Liberalisierung der Handelspolitik ergriffen. Diese Gesetzesvorlage steht damit in unmittelbarer Konkurrenz zur Mills Bill, was ihr Schicksal noch weiter mit Ungewissheit belastet, da Wilbur Mills als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses des Repräsentantenhauses die Fäden in der Hand hält.

In dieser Ausgangslage wäre es wohl in hohem Masse erwünscht, wenn es gelänge, die Welthandelspolitik aus ihrer Sackgasse, in die sie im letzten Jahr geraten ist, zu befreien. Es kann dies nicht allein die Aufgabe der Vereinigten Staaten sein. Bezeichnenderweise blicken liberale handelspolitische Kreise in Washington mit einigen Hoffnungen nach Europa und Japan. Die Erwartungen sind, wie bereits angetönt worden ist, noch nicht erfüllt worden. Es wird auch noch ein starkes Mass an Arbeit und Zeit brauchen, bis die bestehenden und das gegenseitige Einvernehmen störenden Meinungsdifferenzen wirkungsvoll angepackt werden. Der Preis, der zu erwarten wäre, sollte die Mühe wert sein. Die Zeit drängt, auch wenn keine unmittelbare Gefahr wie im letzten Jahr zu bestehen scheint. Als eine Sofortmassnahme sollte die Textilfrage einer Lösung zugeführt werden können. Es würde dies dem protektionistischen Druck einiges an Stosskraft nehmen. Vorderhand zeichnet sich noch keine Einwiligung Japans in eine Selbstbeschränkung der Textillieferungen nach Amerika ab. Auf jeden Fall tragen Japan und auch die europäischen Länder hinsichtlich der Textilfrage eine gewisse Mitverantwortung. Das Argument sticht nicht, dass Amerika mit seinem Textilproblem allein fertig werden müsse. Was den Europäern und Japan recht ist, nämlich eine Abschirmung der eigenen Märkte, kann auch Amerika billig sein. Der Anpassungsprozess, den die Textilindustrie in der industrialisierten Welt seit Jahren durchmacht, ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern letztlich auch eine politische Frage. Sollen, da die Politik ein Absterbenlassen der Textilindustrie nicht zulässt, unbestreitbare Gewinne, die die Liberalisierung des Welthandels überall gebracht hat, aufs Spiel gesetzt werden? Ch. P.

Die französische Textilindustrie. Die Textilindustrie Frankreichs beschäftigt 7 % aller in der Industrie tätigen Arbeitnehmer, 16 % des weiblichen Personals; ihr Export beträgt 11 % der insgesamt ausgeführten Industrieprodukte.